



Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infra-
struktur und Medien
Herrn Alexander Fuhr, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz

18/4266
VORLAGE

DER MINISTER

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@mastd.rlp.de
www.mastd.rlp.de

17. Juli 2023

Mein Aktenzeichen PuK	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail Dagmar Rhein-Schwabenbauer Rhein-Schwabenbauer@mastd.rlp.de	Telefon / Fax 06131 16-2415
---------------------------------	--------------------------	---	---------------------------------------

19. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Me- dien am 13. Juli 2023

hier: TOP 4

Digitalministerkonferenz D16

Antrag der Fraktion der SPD, Vorlage 18/4216

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Fuhr,

anlässlich der Erörterung des oben genannten Tagesordnungspunktes in der 19. Sit-
zung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien am 13. Juli
2023 hat die Landesregierung zugesagt, den Mitgliedern des Ausschusses den Sprech-
vermerk zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Ausfertigung ist als Anlage bei-
gefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schweitzer



Sprechvermerk

19. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien am 13. Juli 2023

hier: TOP 4

Digitalministerkonferenz D16

Antrag der Fraktion der SPD, Vorlage 18/4216

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Fuhr,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

am 23. Juni 2023 trafen sich die für Digitales zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder in München zum D16-Treffen. Den Vorsitz hatte die bayrische Staatsministerin Judith Gerlach inne. An dem Treffen nahm auch der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, teil.

Auf Antrag des Landes Rheinland-Pfalz befassten sich die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder mit der Fachkräftesituation in der IT und durch IT. Sie betonen die Notwendigkeit in ausreichendem Umfang über eigene Fachkräfte, insbesondere Digitalexpertinnen und -Experten sowie IT-Fachkräfte, zu verfügen und vereinbarten, sich zu guten und erprobten Praktiken zur Ausbildung und Gewinnung von Fachkräften und zur Mitarbeiterqualifizierung in der öffentlichen Verwaltung auszutauschen. Zudem stimmen sie sich mit dem IT-Planungsrat ab, um bestehende Erkenntnisse und Projektergebnisse zu nutzen und geplante Länderaktivitäten aufeinander abzustimmen. Rheinland-Pfalz wird diesen Austausch koordinieren.

Es soll auch die Entwicklung einer gemeinsam getragenen, internationalen Fachkräfteteamwerbekampagne für den öffentlichen Dienst geprüft werden. Bayern wird einen entsprechenden Vorschlag entwickeln.



Zu den bisherigen Erfahrungen der Länder wird Rheinland-Pfalz eine Länderabfrage durchführen und Möglichkeiten für ein kooperatives Zusammenwirken entwickeln. Der Beschluss ist der Landesregierung ein besonderes Anliegen, da sich die Situation bisher nicht entspannt. Auf dem Arbeitsmarkt verschieben sich die Verhältnisse, da es immer schwieriger wird Fachkräfte - insbesondere im IT-Bereich - zu gewinnen. Dies gilt insbesondere für die öffentliche Verwaltung. Ich bin daher dankbar, dass die Länder mehrheitlich dem Vorschlag gefolgt sind.

In einem weiteren Beschluss befassten sich die Länder mit der Regulierung von KI. Es steht außer Frage, dass dieses Thema auch in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder sehen einen dringenden Bedarf für eine praxistaugliche sowie gesamteuropäische Regulierung von KI. Vor diesem Hintergrund ist eine schnelle Einigung über eine europäische Regulierung von Künstlicher Intelligenz wichtig. Europa muss eine Vorreiterrolle im Bereich der KI übernehmen. Das setzt allerdings Innovationsfreudigkeit und eine praxistaugliche Regulierung voraus. Daher fordern die Länder klare Formulierungen und enge Definitionen im Gesetzestext, um nicht neue Unsicherheiten bei der Interpretation zu schaffen. Aus Sicht der Länder bedarf es einer Vereinheitlichung von Definitionen entlang von nationalen Gesetzen und europäischen Regularien sowie die Bereitstellung umfangreicher Leitfäden. Für die Anwendung und Entwicklung von KI in Europa, insbesondere im Hoch-Risikobereich, wird es von entscheidender Bedeutung sein, möglichst schnell Standards zu entwickeln.

Aus Sicht der Länder wird die innovationsfreundliche Entwicklung und Erprobung von KI durch Reallabore maßgeblich unterstützt. Daher weisen sie darauf hin, dass neben der KI-Verordnung unverzüglich ein Förder- und Ökosystemen für KI-Reallabore auf dem Gebiet der EU geschaffen wird.

Schließlich befasste sich die Konferenz mit dem Digital Services Act - DSA. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder fordern die Bundesregierung in Anbetracht des großen Zeitdrucks auf, klarzustellen, inwieweit die bestehende deutsche Rechtslage, namentlich das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das Telemediengesetz oder das Jugendschutzgesetz, mit dem Digital Services Act vereinbar sind.



Eine zentrale Bedeutung kommt dem Digital Services Coordinator zu. Aufgrund der derzeitigen Rechtslage bei der Kompetenzverteilung für die Regulierung digitaler Dienste, ist die Ansiedlung des Digital Services Coordinator noch nicht endgültig getroffen. Die Länder fordern daher den Bund auf, sich über die Ansiedelung und Ausgestaltung des Digital Services Coordinator eng mit den Ländern abzustimmen.

Auch wenn die D16 derzeit keine Fachministerkonferenz im formellen Sinn ist, gewinnt sie zum Austausch der Länder untereinander - aber auch mit dem Bund - weiter an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund fand auch eine Diskussion über die weitere Entwicklung der D16 statt.

Bisher handelt es sich bei der D16 um ein informelles Treffen der für Digitales zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder. Die Länder sehen den politischen Bedarf für eine Digitalministerkonferenz und beabsichtigen die Gründung einer entsprechenden Fachministerkonferenz. Deshalb wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, um die dafür notwendigen Schritte vorzubereiten.

Erwähnen möchte ich noch, dass sich Rheinland-Pfalz bereit erklärt hat, im Jahr 2025 den Vorsitz der D16 zu übernehmen. Die Vorbereitungen hierfür werden zeitnah anlaufen.

Vielen Dank!